Dieselöl Benzin
HEIZ OEL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 19. Februar 2021 | Nr. 7 | 63. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Lockdown: Nun reicht es. Petitionen machen Druck.
Seite 2

Kanton Zürich
Stimmrechtsalter 16: Fragwürdige Instrumentalisierung
Seite 3

Aktuell
Masseneinwanderung als Menschenrecht?
Seite 4–5

Städte Zürich und Winterthur
Interview mit Nicolas Rasper JSVP West/City
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Standaktionen Stadtkreis Zürich 11
Seite 8

NEIN ZUM SOZIALHILFEGESETZ IM KANTON ZÜRICH

Effizientes Vorgehen gegen Sozialhilfebetrüger wird für Gemeinden verunmöglicht

Es ist unbestritten, wie wichtig die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz ist. Wer unverschuldet in Not gerät, kann sich auf die Gesellschaft verlassen. Umgekehrt müssen sich aber auch die Steuerzahler/innen auf die Behörden verlassen können, dass die Unterstützung mittels Sozialhilfe nur jenen zugutekommt, die diese wirklich benötigen.

Ein vernünftiges Mass an griffigen Observationsmassnahmen ist unverzichtbar, um Missbrauch bzw. Betrug wirklich vorzubeugen. Bild: Pixabay

Dazu brauchen die Gemeinden im Kanton Zürich aber ihre bewährten Instrumente zur effizienten Bekämpfung von Betrug. Mit der zur Abstimmung stehenden Gesetzesrevision will uns nun aber eine knappe Mehrheit im Kantonsrat einschränken. Deshalb haben offiziell 49 Gemeinden das sogenannte «Gemeindereferendum» ergriffen, mittlerweile haben sich weitere Städte und Gemeinden dem NEIN-Komitee angeschlossen.

Wichtige Mittel, unangemeldete Hausbesuche und GPS-Tracker

Wohl das wichtigste Mittel überhaupt im Alltag der Sozialdienste sind unangemeldete Hausbesuche. Das ist im Verdachtsfall ein einfaches, aber effektives Mittel der Kontrolle. Durch die nun im Gesetz vorgesehene Verhinderung von Hausbesuchen könnten wir in Zukunft nicht mehr so einfach prüfen, ob ein unzulässiges Untermietverhältnis besteht, ob der Lebensmittelpunkt wirklich korrekt angegeben wurde oder der Bezüger längst in einer anderen Haushaltsgrösse lebt, was erhebliche Auswirkung auf die Höhe der auszubezahlenden Gelder hat. Müssten wir alle Besuche vorgängig anmelden, so könnten sich potenzielle Betrüger danach richten und Hinweise verschleiern. In anderen Kantonen, auch solchen, die von einer rot-grünen Mehrheit regiert werden, sind unangemeldete Hausbesuche völlig unbestritten. Da stellt sich die Frage, wieso diese genau im Kanton Zürich verhindert werden sollen. In seltenen Fällen wird Sozialhilfe zweckentfremdet oder es besteht kein Anspruch, weil Fürsorgebeziehende in Tat und Wahrheit zum Beispiel Drogenhandel, illegalen Auto- oder Kunsthandel oder sonst ein Gewerbe ohne behördliche Anmeldung betreiben. Es ist aber nicht ganz einfach, eine regelmässige Mithilfe am Kebab-Stand oder Schwarz-Einnahmen als Teilzeit-Taxifahrer ohne eine griffige Observation nachzuweisen.

Damit die Staatsanwaltschaft auf eine Anzeige von Sozialhilfebetrug eingeht, muss sie mit stichhaltigen Beweisen belegt sein. Oftmals ist dabei das wichtigste Element die Methode der gezielten Beobachtung von Vorgängen und Personen ohne deren Wissen, also die Observation. Diese wird aktuell auf Antrag des fallführenden Sozialamtes von der demokratisch gewählten Sozialbehörde angeordnet. Vorgängig prüfen die Sozialarbeitenden bereits durch eigene Recherchen, ob ein Anfangsverdacht vorliegt. Von eminenter Wichtigkeit bei der Observation ist, dass beispielsweise mit einem GPS-Tracker ein Fahrzeug geortet und diesem in Echtzeit gefolgt werden kann. Das ist zwar in wenigen Fällen nötig. Dort aber, wo ein solcher zum Einsatz kommt, können damit viel Aufwand und Kosten eingespart werden. Auch dieses wichtige Mittel soll nach der Gesetzesvorlage nicht mehr möglich sein.

Observationen sollen praktisch verunmöglicht werden

Je bürokratischer die Schritte bis zum Entscheid über eine Observation sind, desto schwieriger wird die spätere Überwachung und desto teurer wird es für die Steuerzahlenden. Rasche Beschlüsse der Sozialbehörden sind wichtig und deren Zuständigkeit ist auch richtig, denn sie haben sich mit dem Fall bereits auseinandergesetzt.

Die nun vorgeschlagene Alternative über den Bezirksrat würde das Verfahren verlängern und wäre auch rechtlich fragwürdig, da der Bezirksrat sich als Aufsichtsbehörde erst bei einem allfälligen Rekurs einzuschalten hat.

Diese im Gesetz nun eingebauten unnötigen Erschwerungen und Verzögerungen zeigen auf, dass es den Befürwortern dieser Gesetzesgrundlage darum geht, Observationen praktisch zu verunmöglichen und die Sozialbehörden zu entmachten. Dadurch würde die Glaubwürdigkeit der Sozialhilfe leiden, was es zu verhindern gilt. Man muss sich bewusst sein, dass die heute zu Verfügung stehenden Mittel allesamt auch präventive Wirkung haben: die Beziehenden wissen von Beginn des Sozialhilfebezugs an, dass eine Observation möglich sein könnte.

Lieber keine als eine zahnlose kantonale Regelung

Der eidgenössische Stimmbürger hat Ende 2018 bekanntlich GPS-Tracker für den Einsatz bei Verdacht auf Missbrauch bei Sozialversicherungen ausdrücklich gutgeheissen. Der Kantonsrat hingegen will dieses sinnvolle Instrument verbieten. Das würde die Gemeinden vor die unsinnige Situation stellen, dass sie den Betrug an den Ergänzungsleistungen mit den Ortungsgeräten bekämpfen können, den Betrug an der Sozialhilfe aber nicht.

Aus all diesen Gründen ist ein NEIN zur Änderung des Sozialhilfegesetzes wichtig. Die heutige kantonale Rechtsgrundlage oder auch einzelne Gesetzesgrundlagen auf Gemeindeebene reichen für den Einsatz gegen Missbrauch, auch wenn eine kantonale Regelung begrüssenswert wäre. Diese muss aber griffig sein und kann nach einer Ablehnung dieser Vorlage neu angegangen werden.

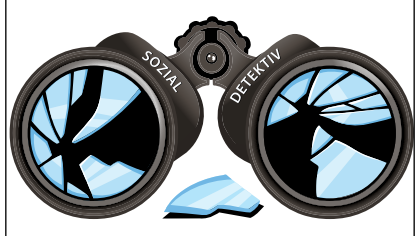
Renato Günthardt
Stadtrat SVP
Sozialvorstand Adliswil

Weiterer Beitrag zum Thema auf Seite 5.

openbyte°
Für spannende Online-Kampagnen im bürgerlichen Umfeld suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung:
Mediamatiker/in oder Social Media Manager/in
Weitere Infos unter openbyte.ch/jobs

Sozialhilfe-Missbrauch fördern? Unbrauchbares Sozialhilfegesetz NEIN
« Bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch muss eine Observation schnell und effizient eingeleitet werden können. Das neue Sozialhilfegesetz schränkt die Gemeinden in dieser Aufgabe ein. Darum Nein zum unbrauchbaren Sozialhilfegesetz! »

Stefan Marty, Sozialvorstand Regensdorf, parteilos
sozialhilfemissbrauch-nein.ch
Spenden: CH84 0070 0114 8037 2612 2



Sozialhilfe-Missbrauch fördern?
Unbrauchbares Sozialhilfegesetz
NEIN

Bruno Walliser
Nationalrat SVP
«Dank dem Freihandelsabkommen mit Indonesien fallen viele Zölle und andere Hürden weg. Dies schafft einen wichtigen Wettbewerbsvorteil für Schweizer Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.»
SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes
JA zum Abkommen mit Indonesien
7. März 2021 | www.freihandel-indonesien.ch

Sie haben das Problem - wir haben die Lösung!

Plastik-Recycling, dem Sie vertrauen können!
Grösstes Sammelsystem der Schweiz.
Wertschöpfung durch Recycling in der Schweiz.
Wir schaffen neue Arbeitsplätze!
INNO recycling INNO plastics PLASTICRECYCLER.CH

Christoph Mörgeli

100 Prozent Migranten in Intensivbetten

Die Covid-Strategie des Bundesrats richtet sich nicht auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung aus. Sondern auf die jeweils vorhandenen Mittel. Weil die Behörden für den Mangel dieser Mittel verantwortlich sind, wollen sie ihre Versäumnisse durch ihre Massnahmen zudecken. Keine Masken vorhanden? Dann sind sie eben nutzlos. Zu wenig Intensivbetten? Dann schickt man eben die Wirtschaft in den Shutdown.

Ein erstes Mal erschraken die Verantwortlichen im Frühling 2020 über den Mangel an Intensivpflegestationen. Sie hatten innert zwölf Jahren eine Million Einwanderer ins Land gelassen und gleichzeitig die Spitalbetten massiv abgebaut. Das zweite Mal erschrak man bei der zweiten Welle ein halbes Jahr später – immer noch wegen zu wenig Intensivbetten. Die Zwischenzeit wurde kaum für einen Ausbau genutzt.

Aus der Nordwestschweiz berichtete die «Basler Zeitung», die dortigen Corona-Abteilungen seien laut Pflegefachleuten zu siebzig Prozent von Migranten belegt. Momentan liegen in den Covid-Intensivbetten im Universitätsspital Basel ausnahmslos Migranten. Diese Zuwanderer sind zu einem ganz wesentlichen Teil für die Wirtschaftstotenstille verantwortlich. Mit allen ihren Folgen. Vergeblich machte der Baselbieter Gesundheitsdirektor Thomas Weber (SVP) Bundesrat Alain Berset (SP) auf das Problem aufmerksam.

Es geht vor allem um Patienten aus dem Balkan und aus der Türkei. Sie bleiben mit ihren Herkunftsländern besonders eng verbunden. Vor dem Jahresende sind allein vom Basler Flughafen 18 000 Menschen in die Balkan-Region geflogen. Zehntausende reisten soeben ins Kosovo, um zu wählen. Vermutet wird auch, dass infizierte Ausländer in die Schweiz reisen, um sich in den hiesigen erstklassigen Spitälern behandeln zu lassen. Doch die Migrationsromantiker wollen davon nichts wissen. «Das ist reiner Rassismus, Kulturrassismus», empört sich die Baselbieter SP-Frau Samira Marti. Wer heute krank ist, befindet sich in Übereinstimmung mit den herrschenden Zuständen.

ZWEI PETITIONEN EINGEREICHT: LOCKDOWN-STOP!

Es reicht, ça suffit, basta così

Die einseitige und sture Corona-Politik unter der Federführung von Gesundheitsvorsteher Alain Berset schadet unserem Land, sie schadet unserem Kanton Zürich. Immer mehr Menschen lehnen sich gegen die harten Massnahmen auf und fordern ihre Freiheit zurück.

Domenik Ledergerber
Kantonsrat SVP
Herrliberg

Ein starkes Zeichen dafür sind die beiden Petitionen «Lockdown stop» und «Beizen für Büezer», die innerhalb kurzer Zeit insgesamt über 295 000 Personen unterzeichnet haben. Am Montag wurden die beiden Petitionen bei der Staatskanzlei in Bern eingereicht. Die Petitionen fordern sofortige Lockerungen unter Einhaltung der Schutzkonzepte und bei gleichzeitig wirksamem Schutz der Risikogruppen.

Die von der SVP Schweiz unterstützte Petition «Lockdown stop» wurde Mitte Januar von der überparteilichen Politikplattform Schwiiz Brandaktuell lanciert. Die SVP Kanton Zürich unterstützte die Petition unter anderem mit Kantonsrat Domenik Ledergerber. Nationalrätin Monika Rüegger (OW) zeichnete sich als Kopf der Petition «Beizen für Büezer».

Die Bevölkerung hat die Nase voll

Beide Petitionen erreichten innert kürzester Zeit insgesamt über 295 000 Unterschriften. Das zeigt, ein grosser Teil der Bevölkerung hat die Nase voll vom Lockdown. Der Bundesrat Alain Berset hat eine ausgewogene Güterabwägung verpasst. Die verheerenden Folgen des harten Corona-Regimes kommen langsam ans Tageslicht:

- 8,5 Prozent der Beschäftigten sind in Kurzarbeit.
- Die Arbeitslosigkeit ist auf 3,7 Prozent gestiegen.
- Eine beispiellose Konkurswelle wird die Schweiz heimsuchen.
- Ein Tag Lockdown kostet 144 Millionen Franken. Der Mittelstand und die kommende Generation werden mit Steuererhöhungen für diese Politik büssen müssen.
- Zehntausende Menschen verlieren ihre Ausbildungs- und Arbeitsplätze.
- Unzählige Betriebe bangen um ihre Existenz.
- Die Jungen verlieren ihre Zukunftsperspektive.
- Depressionen, häusliche Gewalt, Selbsttötungen nehmen zu.

Der Druck steigt: Fast 300 000 Unterschriften und ein riesiges Medienecho bringen nun hoffentlich Zug in den Kamin.

Sind diese Umstände milder zu gewichten als die gesundheitlichen Folgen des Corona-Virus?

Jetzt ist es an der Zeit, einen neuen langfristig Umgang mit dem Corona-Virus zu finden.

Freiheit statt Bevormundung

Sechs Prozent der Bevölkerung gehören zur Risikogruppe – diese sollen konsequent geschützt werden. Die Übrigen 94% sollen mit einer gezielten Lockerungsstrategie wieder ihrer Arbeit und ihren Hobbys nachgehen dürfen. «Der Bundesrat muss den Menschen wieder eine Perspektive geben», fordert auch Regierungsrat Ernst Stocker im Interview mit der NZZ am 16. Februar. Jedem Bürger soll zugetraut werden, mit seiner Gesundheit und mit der Gesundheit seiner Mitmenschen verantwortungsvoll umzugehen.

Je mehr der Staat die Menschen einschränkt und unnötige Regeln erlässt, umso mehr verlieren sie ihr Verantwortungsbewusstsein.

Wie geht es nun weiter?

Der Bundesrat wird die Petition «Lockdown stop» hoffentlich schnell beantworten und noch schneller im Sinne der Petition den Lockdown aufheben.

EU-LOGIK DER EURO-RETTUNG

Belohnung von Verschwendung – auf Kosten der Sparsamen

Wie in der Folge der Euro-Rettung eine Vergesellschaftung von Schulden eingeleitet wurde. Wer sich an einer Spitze der EU mit grossen Worten verbal verschuldet, lässt andere für die Konsequenzen zahlen. Das Ansinnen von hundert Ökonomen, fünf davon aus der Schweiz, die EZB solle maroden Staaten eine Billion Euro Schulden erlassen, spricht Bände.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

«What ever it takes», das waren die vollmundigen Worte des Mario Draghi als Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), mit denen er in der Finanzkrise den schwächelnden Euro gegenüber den Märkten verteidigte: Interventionen auf «Koste es, was es wolle», oder noch deutlicher: «Ohne Rücksicht auf Verluste». Natürlich hatten die kraftmeierischen Worte ihre Wirkung im Ziel und schreckten Spekulanten ab.

Rentenklau: Euro-Rettung auf Kosten der Vorsorge

Der Preis war ein Aufkauf von Staatsanleihen mit fragwürdiger Bonität. Das war gut für marode Staaten, die ihre Schuldpapiere gegen Euro an die EZB verscherbeln konnten. Da musste die EZB Euros in Massen elektronisch «drucken»; es folgte eine Euroschwemme in noch nie dagewesenem Ausmass. Diese Flut schwächte die Einheitswährung so sehr, dass die Schweizer Nationalbank im Januar 2015 mit den Interventionen nicht mehr mithalten konnte und den Mindestkurs gegenüber dem Euro aufgeben musste.

Um einen für die Schweizer Exportindustrie katastrophalen Absturz des Euro zu verhindern, waren erneute Interventionen nötig; zusätzlich mussten schädliche Negativzinsen eingeführt werden. Als Folge davon verschlechterten sich die Anlagerenditen der Pensionskassen und Lebensversicherungen: die Aussichten der Versicherten waren nun viel schlechter als im Zeitpunkt des Abschlusses und Verluste sind die Konsequenz: Erwartete Renten müssen nach unten korrigiert, Lebenspläne angepasst werden.

Man könnte dies daher als einen «Rentenklau» an der in der Schweiz arbeitenden Bevölkerung bezeichnen. Wir bezahlen, was Mario Draghi in die Märkte posaunte: «Koste es, was es wolle»: er zahlt die Zeche ja nicht, sondern Sparer aus verschiedenen Ländern, in vorderster Front solche in der Schweiz: Euro-Rettung und Glorienschein für den in den Himmel gelobten «Super Mario» – der nun als Belohnung die neue Regierung in Italien bildet – und verschlechterte Lebensbedingungen für die Schweizer Bevölkerung. Das ist EU-Logik.

EU-Gericht: Legitimierung der Illegalität

Dieser Aufkauf von Staatsanleihen war eigentlich illegal. Darum hat das Deutsche Verfassungsgericht dagegen eine Klage eingereicht, weil dies der Deutschen Verfassung widersprach. Es kam zum Streitfall und die Angelegenheit landete vor dem Europäischen Gerichtshof, dem EuGH, der auch zuständig wäre, wenn die Schweiz das Rahmenabkommen unbesehen übernehmen würde. So entschied der EuGH nicht im Sinne der Verfassung von Deutschland, sondern im Interesse der EU, denn die Euro-Rettung stand über allem; das Fauchen eines Draghis wurden abgesegnet. Das zeigt, wie uns geschehen würde, hätten wir in einem Rahmenabkommen ein Schiedsgericht, das sich am EuGH orientieren müsste.

Nun modern diese aufgekauften Staatsanleihen im Keller der EZB vor sich hin. Da sie grossenteils aus schwer verschuldeten Krisenländern stammen, haben sie das, was als «toxische Wirkung» bezeichnet wird. Was soll getan werden, wenn diese «zum Himmel stinken»?

Modellplatonismus: Wissenschaft im linken Elfenbeinturm

Hundert Ökonomen, fünf davon aus der Schweiz, allesamt aus der Romandie, plädieren dafür, dass die EZB von den maroden Staatsanleihen weit über eine Billion Euro einfach so abschreiben soll. Professoren haben eine gewisse Aura der «Werturteilsfreiheit», und das umgibt sie mit einem Anschein einer scheinbaren Neutralität. Die fünf Romands unter den Wirtschaftsprofessoren müssen nicht ein Fähnlein der Weisen, sondern können eine gleichgesinnte Clique sein, die auch mit den anderen Apologeten eines Schuldenerlasses vernetzt ist: eine Insidergruppe? Natürlich kann die EZB ihre Bilanz verkürzen und einen solchen Abschreiber bei den Aktiven vornehmen, weil sie auch ihr Eigenkapital als Vermögen bei den Passiven reduzieren kann, ohne bankrott zu gehen. Doch die Wirkung wäre verheerend: Zum Anhäufen von Schulden könnte dies geradezu motivieren, wenn es solche Aussichten auf eine Amnestie gibt; die Länder mit Finanzdisziplin hingegen würden bestraft. Auch der Kurs des Euro dürfte abstürzen und die Schweiz massiv betreffen: das ist eine sozialistische Linie der Vergesellschaftung von Schulden auf Kosten anderer.

Brüssel gleicht als ewige Baustelle dem Turmbau zu Babel – mit schwindelerregender Schuldenwirtschaft. Bild: zVg

POLITIK IN DER VERANTWORTUNG

Lockdown – klares Zeichen von Überforderung und Führungsschwäche

Der Bundesrat agiert wie überforderte Eltern, die mit ihrem Kind an die Grenzen kommen und im Effekt handgreiflich werden und ihm einen «Knockdown» verpassen. Ich möchte keine Grundsatzdebatte über einzelne Massnahmen und deren Wirkung führen, sondern das Augenmerk auf das mangelhafte Krisenmanagement und die Führungsschwäche des Bundesrates bzw. BAG richten.

Tobias Weidmann
Kantonsrat SVP
Hettlingen

Krisenbewältigung braucht eine langfristige Perspektive mit nachhaltigen Massnahmen, damit man nicht in eine Spirale des Hyperaktionismus fällt und vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht.

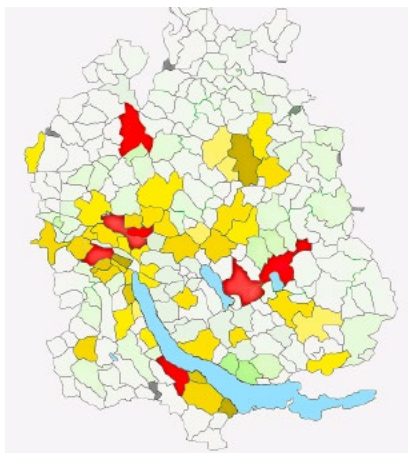
Führung muss gelernt sein

Immer wieder stellt man fest, dass gerade bei Führungskompetenz die Ansicht vorherrscht, dass man die Führungstätigkeit im Blut hat. Selbstverständlich gibt es Persönlichkeiten, die mit mehr oder weniger Talent ihre Führungsrolle wahrnehmen. Aber Führungsgrundsätze und Prozesse müssen gelernt und verstanden werden.

Leider wird heute diese Planungs- und Führungskompetenz nicht mehr erlernt, weil viele Politiker weder im Militär noch in der Privatwirtschaft jemals Führungstätigkeiten und Entscheidungsprozesse gelernt, geschweige denn eintrainiert und angewendet haben. Dieser Mangel wird plötzlich ersichtlich, wenn die Schönwetterlage vorbei ist. Der junge Leutnant ist besonders dann gefordert, wenn seine Soldaten mit Kälte, Hunger und Müdigkeit kämpfen.

Ein stringenter und strukturierter Planungs- und Führungsprozess samt deren Stabsorganisation ist in einer Krise mit vielen unbekannten Variablen zwingend. Aber leider erleben wir gerade das Gegenteil. Seit einem Jahr wird faktisch nur durch Sofortmassnahmen geführt, indem die Behörden von Ereignis zu Ereignis hinken und brainstormmässige Massnahmen über die ganze Bevölkerung stülpen.

Sofortmassnahmen dienen hauptsächlich dazu, die Handlungsfreiheit während des Entschlussfassungsprozesses möglichst hoch zu halten. Sofortmassnahmen dürfen aber nie dem Entschluss bzw. der Strategie zuvorkommen oder sie ersetzen. Von zentraler Bedeutung eines Planungs- und Führungsprozesses ist die Kommunikation der Absicht, wie ein Ziel unter welchen Voraussetzungen in welcher Phase erreicht werden will. Daraus abgeleitet entstehen für die Kantone, Partner und Behörden die Aufträge zur Erreichung der Ziele dieser Strategie. Diese Gesamtstrategie muss für die Bevölkerung ebenfalls klar ersichtlich sein, damit bekannt ist, welche Faktoren zu welchen Massnahmen führen. Je besser die Absicht des Bundesrates verstanden wird, desto eher werden die Massnahmen zur Zielerreichung mitgetragen, auch wenn man diametral anderer Meinung ist.



Corona-Ampelsystem pro Gemeinde Rot: härtere Massnahmen, Gelb: mittlere Massnahmen, Grün: geringe Massnahmen Quelle: Eigene Darstellung

Worauf wir wieder bestehen sollten

Erstens brauchen wir Politiker, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und sich nicht vor mutigen, unpopulären, aber langfristig besseren, Entscheidungen scheuen. Doch leider steht die nächste Wahl eher im Vordergrund. Zweitens sollen Behörden und Politiker die Führungsprozesse im Sinne des Reglements «Führung und Stabsorganisation» beherrschen und unter Zeitdruck anwenden können. Nur dann können zeitgerechte und lageangepasste Entscheidungen getroffen werden.

Massnahmen müssen, wenn schon, dezentral und zielgerichtet sein

Aufgrund fehlender Führungskompetenzen resultierte ein flächendeckender Lockdown mit tiefgreifenden Massnahmen in die Wirtschaft und in das private Leben des Bürgers. Wenn solche einschneidenden Massnahmen schon getroffen werden, sollten sie zumindest dezentral angewendet werden.

Gesamtschweizerische Massnahmen sind nicht repräsentativ für einzelne Teilgebiete. Während gewisse Gemeinden stärker vom Virus betroffen sind und somit schwerwiegendere Massnahmen gerechtfertigt wären, sollten diese nicht für weniger betroffene gelten. Ein Bürger sollte nur die Massnahmen tragen müssen, die er auch direkt beeinflussen kann. Folglich sollte die Strategie vom Bund festlegt werden, während die Gemeinden die Daten für ihre Bevölkerung (durch Massentests) erheben. Vom Bund vordefinierte und transparente Kriterien (Infektionsrate, Sterblichkeitsrate, Hospitalisierung etc.) würden eine Einteilung der Gemeinden in ein bekanntes Rot-/Gelb-/Grün-Ampelsystem ermöglichen. Das wäre das Gegenteil eines Flickenteppichs, weil die Kriterien für alle dieselben, aber die Massnahmen punktuell gemäss Farbschema angewendet würden. Jeder Einwohner würde somit Verantwortung für den Zustand der eigenen Gemeinde übernehmen und wäre in der Lage, diesen zu beeinflussen.

Grundsätzlich sollte ein Lockdown vermieden werden. Es müsste gelten, dass die vulnerablen Personen geschützt werden und der Grossteil der Gesellschaft mit möglichst wenig Einschränkungen weiterleben könnte.

Fazit

Nun ist es an der Zeit, dass der Bundesrat Farbe bekennt, welche Kriterien welche Massnahmen hervorrufen, bevor wir unsere Wirtschaft und Gesellschaft mit einem «Knockdown» an die Wand fahren.

STIMMRECHTSALTER 16

Der Versuch, Jugendliche zu instrumentalisieren

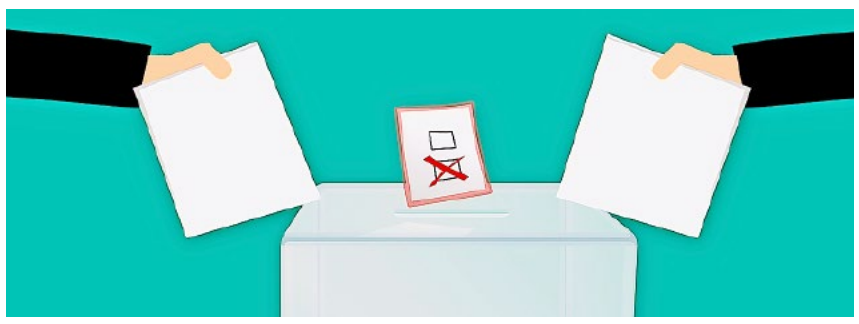
Zurzeit wird landauf landab über das Stimmrechtsalter 16 diskutiert. Wenn man weiss, aus welcher Ecke dieses immer wiederkehrende Ansinnen kommt, so erstaunt das den kritischen Beobachter nicht wirklich.

René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Die vorangegangenen Klimastreiks mit den schulschwänzenden Kids haben überdeutlich gezeigt, wie linksgrüne Kreise, befeuert von unseren Medien, Jugendliche für ihre ureigensten Interessen instrumentalisieren. Unter dem Deckmantel «wir retten die Welt» werden Kinder und Jugendliche bereits in der Volksschule auf Kurs linksgrüner Ansinnen getrimmt. Mit Schreckensbildern, Vorträgen und illustrierten, teils zusammenhangslosen Medienberichten soll den labilen Jugendlichen vor Augen geführt werden, wie schrecklich die heutige Zeit ist. Das Ziel der wohlstandsverwahrlosten Ökomarxisten ist es, so viele Jugendliche wie möglich ausserhalb des Elternhauses vor den eigenen, ideologisch gefärbten Wagen spannen zu können. Im Klassenverband, wo nur noch eine Meinung richtig sein darf, fallen linke, populistische Forderungen auf einen sehr fruchtbaren Boden. Das Gemeinschaftsgefühl ganzer Schulgemeinden zeigte sich in den letzten Jahren, als schulschwänzenden Kids von erwachsenen Ökomarxisten lautstark und teils mit linksradikalen Plakaten ausgerüstet durch die Strassen gepeitscht wurden. So gesehen bieten Schulklassen hervorragende Nährböden, um linkspopulistische Propaganda nachhaltig zu übermitteln. Wo nämlich keine kritischen oder gar ablehnenden Meinungen mehr existieren bzw. vorherrschen dürfen, hat das aufgezwungene, eingefärbte System gesiegt. Es ist deshalb nachvollziehbar, weshalb linksgrüne Populisten so vehement das Stimmrechtsalter auf 16-jährige Jugendliche ausbreiten wollen.

Selbstverantwortliches Handeln nicht erwünscht

Grotesk wird das Ganze aber dann doch, wenn dieselben Kreise, welche 16-jährigen Jugendlichen politisch die vollständige Mündigkeit zusprechen wollen, im gleichen Atemzug aber bezüglich Genussmittel und Werbung in das Gegenteil verkehren. Da wird denselben Jugendlichen das Recht abgesprochen, selbstständig entscheiden zu können, was für sie gut ist und was nicht. Da wird plötzlich von schädlicher Einflussnahme der Werbung, Unreife und fehlender Lebenserfahrung etc. gesprochen. Ja, die Jugendlichen werden allesamt unter den Scheffel der Schutzbedürftigkeit gestellt, weil ja bekanntlich auch die unzähligen Jugendschutz- und Jugendpräventionsstellen weiter befeuert werden müssen. Linksextremes Gedankengut billigen und nacheifern Ja, selbstständiges Handeln und eigenverantwortliches Leben Nein.



Das Stimmrechtsalter weiter abzusenken, ist ein zweischneidiges Schwert.
Bild: Pixabay

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Mehr unternehmerische Führung statt Hinhalte-Taktik

Das dominierende Thema in der vergangenen Woche sind nach wie vor die einschränkenden Massnahmen des Bundes zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Der Testumfang nimmt zu, die Fallzahlen sinken und die Auslastung des Gesundheitssystems ist nicht mehr an der Kapazitätsgrenze. Trotzdem äussert sich der Bundesrat nicht oder nur zögerlich über Lockerungen des Lockdown.

Erfolgreiche Unternehmen haben eine inspirierende Vision und legen eine zukunftsfähige Strategie fest. Basierend darauf kann mit klaren Zielvorgaben in einzelnen Projekten die Umsetzung fokussiert werden. Damit wissen alle, was zu tun ist: Sie ziehen am gleichen Strick und erst noch in die gleiche Richtung im Bestreben, die gesetzten Ziele zu erreichen. Kurz: das Team und Mitarbeiter sind motiviert und es herrscht eine positive Stimmung, welche Voraussetzung ist nicht nur für Loyalität, sondern auch für Inspiration.

Das aktuelle Verhalten des Bundesrates im Umgang mit der Pandemie lässt wenig von dieser unternehmerischen Führungskultur spüren. Vielmehr gleicht es einem Erziehungsversuch, der Kindern immer wieder etwas verspricht, um dann wieder eine Ausrede zu finden, weshalb es jetzt doch wieder nicht geht. Lieber Bundesrat, das ist keine erfolgsversprechende Strategie, sondern eine Hinhalte-Taktik, die weder zielorientiert noch motivierend ist.

Dass ausgerechnet linke Kreise hinter diesem Kurs stehen, ist umso erstaunlicher, da sie es doch immer sind, die «etwas» wollen, wenn Unternehmen etwas erreicht haben. Das deckt auf, dass ihnen offenbar die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger weniger wichtig ist als hohe Entschädigungen, am liebsten in Form eines Grundeinkommens für alle.

Ganz nach dem Motto: Nehmen ist besser als geben. Wir brauchen angemessene Entschädigungen, keine Frage, aber wir brauchen auch ein Ausstiegszenario, dass der Bevölkerung bekannt ist. Die Mehrheit der Menschen sind keine kleinen Kinder, sondern mündige Erwachsene, welche eine Perspektive und vor allem Transparenz wollen.

Sie verstehen, dass es etappenweise geht, sie verstehen, dass es einen Schutz der vulnerablen Personen braucht, sie verstehen, dass es Schutzkonzepte braucht. Aber sie verstehen nicht, dass Massnahmen und Einschränkungen ohne Ansteckungsgefahr weiterhin gerechtfertigt sind.

Der Bundesrat tut gut daran, die eingereichten Petitionen wie «Stopp dem Lockdown» und «Beizen für Büezer», aber auch die Forderungen von zahlreichen Parteien als Aufschrei der Bevölkerung wahrzunehmen. Es braucht eine klare Kommunikation über die Öffnungsstrategie. Jetzt.

von Martin Hübscher

Ersatzmitglied für das Obergericht (SVP)

Kantonsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

Ersatzmitglied für das Obergericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Für diese Tätigkeit bringen Sie mit:
- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich, Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht. Die Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1999 (LS 212.53).

Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie unter http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, lic.iur. Katrin Meyer, unter 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung bis zum **5. März 2021** mit den üblichen Unterlagen sowie einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung. Für Fragen steht Ihnen Frau Katrin Meyer, Sekretärin der Justizkommission unter +41 43 259 20 67 gerne zur Verfügung.

VOR 150 JAHREN

Bourbaki-Soldaten im Weinland

Vor 150 Jahren kamen auch Armeeangehörige der legendären Bourbaki-Armee in das Zürcher Weinland. Dort waren sie bis zu ihrer Rückkehr im März und April interniert. Es gibt nur noch wenige Zeugen aus diesen bewegten Tagen.

RoMü. In diesen Tagen jährt sich zum 150. Mal, dass Ende Januar 1871 die Bourbaki-Armee bei Les Verrières im Val des Travers mit 87 000 Mann und 12 000 Pferden die Schweizer Grenze überschritten hat. Im harten Winter 1870–871 führten Frankreich und Deutschland Krieg gegeneinander. Dabei sollte die Armée d'Est unter der Führung von General Charles Denis Soter Bourbaki die deutschen Truppen angreifen, welche Belfort belagerten. Bei diesem Angriff wurden seine Truppen aber zurückgeschlagen und bei Pontarlier eingekesselt. Die Essenversorgung brach zusammen und die Kleidung der Soldaten war alles andere als wintertauglich. Unter der Führung von General Clinchant setzten sich die Truppen mit grossen Verlusten Richtung Schweizer Grenze in Marsch. Am 28. Januar baten die französischen Truppen den Bundesrat um Asyl. Beim anschliessenden vier Tage dauernden Grenzübertritt wurden die Truppen entwaffnet und sie mussten auch Munition und Material abgeben. Diese Internierung löste innerhalb der Schweiz eine grosse Hilfsbereitschaft auf. Zugleich leistete das Schweizerische Rote Kreuz vor Ort seinen ersten Grosseinsatz. Auf einen Schlag war die Schweizer Bevölkerung um drei Prozent gewachsen. Bereits wenige Tage danach wurden die Soldaten auf alle Kantone ausser dem Tessin verteilt, wo sie in einer Art Internierung gesundgepflegt und bewacht worden sind. Es ist bekannt, dass im Weinland Benken, Marthalen, Andelfingen, Rheinau und auch im Stammertal internierte Einheiten einquartiert worden sind.

Die humanitäre Schweiz von anno dazumal – festgehalten von Albert Anker. Bild: Wikipedia

Auf dem Friedhof in Rheinau erinnert ein kleines Denkmal mit den eingemeisselten Namen an während der Internierung im Klosterdorf verstorbenen 17 Franzosen. Bild: zVg

Erinnerungen in Benken und Rheinau

Das Weinland hatte grundsätzlich mit Blick auf seine Vergangenheit keine guten Erinnerungen an die Franzosen. 1799 sorgten die Truppen von Napoleon beim Rückschlag der Russen für viel Leid, Not und grosse Schäden. In der 1926 von Alfred Moser erschienen Schrift «Aus Benkens Vergangenheit» schildert er die Ereignisse im harten Winter 1871: «1871 nach dem Übertritt der Bourbaki-Armee sah Benken wieder Rothosen in seinen Mauern, aber es waren ja nur klägliche Schatten jener Grande Armee von 1799. Damals waren sie gekommen, als tatendurstige Welteroberer, denen nichts Stand zu halten schien, jetzt waren es halbverhungerte, mitleiderweckende Glieder der menschlichen Gesellschaft, verblendete Werkzeuge eines Abenteuerkaisers der nichts, auch gar nichts gemein hatte mit jenem grossen Napoleon, als seinen Namen».

Da auch in Marthalen internierte französische Truppen einquartiert waren, wurden diese im Rahmen von Arbeitsprogrammen dafür eingesetzt, um die alte Mauer samt Torturm abzureissen. Auch in Rheinau wurden auf Geheiss der Zürcher Regierung in der erst seit etwas mehr als drei Jahre auf der Klosterinsel eröffneten Pflegeanstalt 176 an Typhus erkrankte Franzosen im zweistöckigen Gästehaus über dem Staatskeller einquartiert. Dafür mussten aber in grosser Eile 20 Fensterausbrüche ausgeführt und die Wasserversorgung und Abwasserleitung notdürftig erstellt werden. Für die Betreuung der kranken Franzosen, welche bis 43,1° Fieber hatten, standen 20 Pflegerinnen und neun Pfleger im Einsatz. Bereits am 28. Februar 1871 marschierten die ersten genesenen Soldaten zum Bahnhof Marthalen, wo sie sich für den Weitertransport in ihre Heimat sammeln konnten. An die 17 verstorbenen Franzosen erinnert eine Gedenktafel auf dem Rheinauer Friedhof.

Spott und Hohn aus Deutschland

Für die grosse Hilfsbereitschaft auch in den Weinländer Dörfern hingegen hatten die siegreichen deutschen Nachbarn und vor allem ihre politische Elite nur Spott und Hohn. Doch es gibt auch andere Botschaften, wie im Schaffhauser Intelligenzblatt vom 12. Februar zu lesen ist: «Keine Regel ohne Ausnahme, dachten wir, als wir dieser Tage sahen, wie Bürger aus den benachbarten badischen Gemeinden sich mit unseren französischen Soldaten gar lustig unterhielten und diesen massweisse Wein spendeten. So zerstörungswütig, wie man etwa aus der Beamtenwelt Stimmen hört, ist eben der Verstand nicht, der dem Hausgebrauch dienen soll». In Schaffhausen sorgten die internierten Armeeeinheiten kaum gross für Probleme. Es zeigte sich, dass zu ihrer Bewachung zwei Kompanien vollständig genügten.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 7. März 2021

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 15. September 2017 «Ja zum Verhüllungsverbot» www.verhuellungsverbot.ch	JA
2. Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz, BGEID)	JA
3. Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien www.freihandel-indonesien.ch	JA

Kantonale Vorlagen

1. Verfassung des Kantons Zürich (Änderung vom 17. August 2020; Anpassung Grenzwerte)	JA
2. Sozialhilfegesetz (SHG) (Änderung vom 15. Juni 2020; Klare rechtliche Grundlage für Sozialdetektive) www.sozialhilfemissbrauch-nein.ch	NEIN
3. A. Kantonale Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben»	JA
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates Polizeigesetz (PolG) (Änderung vom 9. März 2020; Nennung der Nationalität bei Polizeimeldungen)	JA
Stichfrage www.ehrliche-information.ch	A. Volksinitiative

Vorlagen Stadt Zürich

1. Einhausung Schwamendingen mit Ueberlandpark	JA
2. Schulanlage und Quartierpark Areal Thurgauerstrasse	JA
3. Wohnsiedlung Letzi	NEIN
4. Schule und Quartierpark Areal Guggach	JA

DIE ANDERE SEITE VON ...

Roland Müller

Politische Tätigkeit: SVP-Mitglied seit 1982
Ortspartei: Marthalen

Geboren am: 19. Dezember 1962
Sternzeichen: Schütze
Beruf: Weinbauer, Journalist BR
Hobby(s): Schiessen Gewehr 300 m, Pistole 25/50 m, WIR-Verrechnung, Reb- und Kellerarbeiten
Grösse: 172cm
Augenfarbe: Braun
Lieblingsgetränk: Je nach Tageszeit und Anlass, vom Mineralwasser bis zum Wein
Lieblingsessen: Saisonale Küche, wobei das Fleisch nicht fehlen darf
Lieblingslektüre: Zeitungen und Fachzeitschriften
Was niemand von mir weiss: Hinter dem Kürzel RoMü. steckt ein Weinbauer und hinter dem Weinbauer steckt das Pseudonym RoMü. Ich mache den besten roten Schaumwein der Schweiz mit Regent.

Es war im Januar ein grosses Erlebnis, als mir virtuell (per Post) die deutsche Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner das Diplom als bester Regent-Erzeuger 2020 überreichte.

Damit kann man mir eine Freude machen: Eine einfache Einladung zu einem Glas Wein.

Mein Wunsch für die Zukunft: Dass wir es zuerst rasch schaffen, uns aus den Covid-19-Fesseln zu befreien und wieder der normale Alltag einkehren kann. Es soll uns auch mittel- bis langfristig gelingen, uns gegen die EU als eigenständiges freies Land zu behaupten, und dass wir uns nicht durch sie fremdbestimmen lassen. Doch dafür wünsche ich mir engagierte Bürger und eine starke SVP, welche sich für Freiheit und Unabhängigkeit einsetzen.

EINKAUFEN BEI SVP-MITGLIEDERN

Girsberger & Sieber AG Uster

Inhaber: Familien Sieber und Angehrn
Verbindung zur SVP: Hans Loeliger, Mitglied Geschäftsleitung, Vorstand SVP Russikon
Gründungsjahr: 1913
Anzahl Mitarbeiter: 16 Festangestellte, 10 Teilzeitmitarbeiter
Anzahl Lehrlinge: 1
Angebot: Getränkehandel, Tankstellen-Shop
Spezialität: Festservice, Tankstellen-Shop 365 Tage offen, regionale Spezialitäten
Website: gs-getraenke.ch
Anschrift: Girsberger & Sieber AG, Riedikerstrasse 5, 8610 Uster
Tel.: +41 44 905 69 99
Mail: info@gs-getraenke.ch

TRIFTIGE GRÜNDE FÜR DAS VERHÜLLUNGSVERBOT

Bemerkenswerte Worte aus deutscher Nachbarschaft

Feindliche Übernahme: Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht. So titelt der langjährige deutsche SPD-Politiker Thilo Sarrazin sein 2018 erschienenes Buch. Verschiedene Kernaussagen untermauern die Argumente für ein klares JA zum Verhüllungsverbot am 7. März.

svp. Thilo Sarrazin (*1945) mag in der Schweiz nicht allzu bekannt sein. Doch in Deutschland ist er ein politisches Schwergewicht. Während 47 Jahren (!) war er Mitglied der SPD. Und überdies lange Zeit Finanzsenator (bei uns wäre das ein kantonaler Finanzdirektor) im ultraroten Berlin.

Als Manager fungierte er überdies in leitender Position bei der Deutschen Bahn AG. Letztes Jahr schloss die im Dauerformtief dahinsiechende SPD ihn wegen seiner klaren Meinungen u.a. zum Thema Islam aus.

Ungeliebte Diskussion vermeiden …

Aufschlussreich in seinem Buch ist namentlich Kapitel 4 «Die Muslime in den Gesellschaften des Abendlandes». Dort äussert sich Sarrazin zur sozioökonomischen Situation der Muslime in Deutschland und Europa. Dabei geht er spezifisch auf den Aspekt der Kriminalität ein (Zitat S. 304–305):

Vertrauensfragen

In der Berichterstattung über die Flüchtlingskriminalität, aber auch generell über die Kriminalität von Muslimen, Migranten oder Ausländern, ist immer wieder ein Schwanken zu spüren. Man hat Angst davor, Vorurteile zu wecken oder zu schüren. Man möchte nicht den «falschen Leuten» Argumente in die Hand geben, man möchte nicht diskriminieren. Vielleicht will man aber auch ganz einfach eine ungeliebte Diskussion vermeiden und ihr die Faktenbasis entziehen.

… und Vorenthaltung der Faktenbasis

Damit läuft man in eine gefährliche Falle, denn indem man der Bevölkerung die Faktenbasis vorenthält, wandelt man begründete Urteile, die möglich wären, in unbegründete «Vorurteile» um, die man als solche denunzieren kann, weil ihnen die Faktenbasis fehlt.

Dieses Spiel wurde in Deutschland, aber nicht nur da, viele Jahre gespielt, und die Versuchung dazu bleibt weiterhin für viele übermächtig, dazu einige aktuelle Beispiele:

– In Zürich entschied der zuständige Dezernent im November 2017, die Nationalität von Tätern nicht mehr bekannt zu geben, weil die Herkunftsnennung die wahren Ursachen von Kriminalität verdecke und einer Vorverurteilung gleichkomme. Natürlich werden so Ressentiments erst recht geweckt, weil der Eindruck entsteht, es müsse etwas verschwiegen werden.[1]

«Indem man der Bevölkerung die Faktenbasis vorenthält, wandelt man begründete Urteile, die möglich wären, in unbegründete ‹Vorurteile› um», resümiert Thilo Sarrazin. Bild: Wikipedia

Der letzte Satz der zitierten Stelle bringt es auf den Punkt: Wer Fakten kommunikativ gezielt ausblendet oder unterdrückt, ist auf der schiefen Bahn der Symptom- statt der Ursachenbekämpfung.

[1] Vgl. Florian Schoop: «Zensur in Polizeiberichten. Ein falscher Entscheid», in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. November 2017, https://www.nzz.ch/zuerich/zensur-in-polizeiberichten-ein-falscher-entscheid-ld.1326902

Feindliche Übernahme: Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht.

Thilo Sarrazin, 2018 FinanzBuch Verlag, 80636 München
ISBN Print 978–3–95972–162–2

Allerlei

Der Herr des Saftladens

Kürzlich bezeichnete Gerhard Pfister die SRG als Saftladen – eine Bezeichnung die ebenso treffend zu seiner «neuen» Partei passt.

Bild: Pixabay

Er nennt sich jetzt Mitte-Präsident. Der frühere CVP-Präsident «Dr. Gerhard Pfister» ist jetzt Vorsitzender der Mitte-Partei, dem Zusammenschluss von CVP und BDP. Der Parlamentarier scheint sich positionieren zu müssen. In den letzten Tagen machte er dies gleich mehrere Male. So rüffelte er seinen CVP-Kollegen Gmür, weil dieser in seiner Heimat Einsiedeln am traditionellen – diesmal dank Corona verbotenen – Fasnachtsumzug teilnahm. Der Mitte-Chef versucht aber auch anderweitig, mit scharfen Formulierungen auf die fehlende Klarheit der Mitte-Politik einzuwirken. Tatsache bleibt, dass mit der Fusion mit dem Widmer-Schlumpf-Wahlvereins BDP die neue Mitte-Partei kaum mehr bürgerlich genannt werden kann.

Die SRG hat auf eine neue Technologie in ihren Studios gesetzt. Laut «CH-Media» kostet das Studio-Debakel des SRF rund 10 Millionen Franken. Pfister kritisierte darauf die SRG auf Twitter als «Saftladen». Saftladen? Da kommt einem zuerst gleich Pfisters eigene Partei in den Sinn. Die CVP/Mitte/BDP hat wahrlich in der Vergangenheit auf eidgenössischer Ebene nicht mit bürgerlicher Politik geglänzt. Und es ist zu befürchten, dass dies auch in Zukunft nicht der Fall sein wird.

Als Saftladen bezeichnet man laut Wikipedia «im Allgemeinen abfällig Geschäfte oder Dienstleistungsbetriebe, die ein zu geringes, wenig nützliches oder minder qualitatives Waren- und/oder Preisleistungsangebot führen, eine schlechte Gegenleistung erbracht haben, deren Mitarbeiter unfreundlich und/oder inkompetent sind oder die generell in schlechtem oder zumindest zweifelhaftem Ruf stehen».

Nein, die Mitarbeiter sind alle freundlich. Aber sonst macht die Bezeichnung «Saftladen» für die nebulöse Mitte durchaus Sinn. Danke, Gerhard Pfister, für diesen Hinweis!

UNO-MIGRATIONSPAKT AUF DEM PRÜFSTAND

Masseneinwanderung als Menschenrecht?

Vor zwei Jahren hat der Bundesrat seinen Drang, auch beim Uno-Migrationspakt «dabei zu sein», wegen des massiven Widerstands vonseiten der SVP und der «Schweizerzeit» auf Eis legen müssen. Nun will Aussenminister Cassis den Beitritt erneut durchtrotzen. Dies sei «im Interesse der Schweiz».

Hans Fehr
Alt Nationalrat
Eglisau

Wirklich? Ist es im Interesse der Schweiz, wenn Migration (sprich Masseneinwanderung) zum Menschenrecht erklärt wird und unser Asylrecht von Uno-Gremien und -Funktionären bestimmt wird?

Ist es in unserem Interesse, wenn jedem Migranten uneingeschränkte Familienzusammenführung und ein Klagerecht wegen angeblich vorenthaltener Leistungen zu gewährleisten ist? Ist es im Interesse unseres für Wirtschaftsflüchtlinge ohnehin viel zu attraktiven Landes, wenn die Auswanderung durch «Vorbereitungskurse» für Migration in den Herkunftsländern sowie durch die freie Wahl des «Gastlandes» zusätzlich angeheizt wird? Und ist es im Interesse der Medienfreiheit, wenn über Einwanderung unter Strafandrohung nur noch positiv berichtet werden darf?

Durchschaubare Beschwichtigungstaktik

Natürlich wird nun beschwichtigt, der Migrationspakt sei juristisch «nicht verbindlich», es gehe lediglich um Empfehlungen, um eine Übereinkunft. Aber es liegt bekanntlich in der Natur solcher «Empfehlungen», dass sie früher oder später als verbindlich ausgelegt werden, zumal unser Bundesrat gegenüber Druck von aussen in aller Regel kein Rückgrat zeigt.

Dass man in Bundesbern zudem befürchtet, eine Nichtunterzeichnung des Pakts könnte einen «negativen Effekt» auf unsere Einsitznahme im Uno-Sicherheitsrat ausüben (was das Ende unserer Neutralität bedeuten würde), ist ein weiterer gewichtiger Grund, dass dieser Pakt auf keinen Fall unterzeichnet werden darf.

NEIN ZUM SOZIALGESETZ: MEDIENKONFERENZ VOM 16. FEBRUAR

Vertreter der Zürcher Gemeinden zeigen Flagge

svp. Nebst Renato Günthardt (Leitartikel in dieser Ausgabe) betonte der parteilose Gemeindepräsident von Neerach, **Markus Zink**, dass mit der Teilrevision des Sozialhilfegesetzes wichtige Grundlagen für die Arbeit gegen Sozialhilfemissbrauch, aber auch generell für das Wirken im Sozialhilfewesen entzogen würden. Der Entscheid des Kantonsrates missachte auch mehrere Volksentscheide, in welchen sich eine klare Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für ein entschlossenes Handeln gegen Sozialmissbrauch ausgesprochen hätten.

Philipp Müller, der Sozialvorstand der sehr sozialkostenbelasteten Stadt Dietikon, erzählte aus der Praxis, wie die Verwaltung bei Verdacht gegen Sozialhilfebetrug vorgeht.

Der freisinnige Stadtrat erachtet es als zentral, dass die Sozialdienste alle notwenigen Mittel zur Hand haben, um Sachverhalte gründlich zu klären und damit eine lückenlose Anspruchsprüfung auf Sozialhilfe vornehmen zu können.

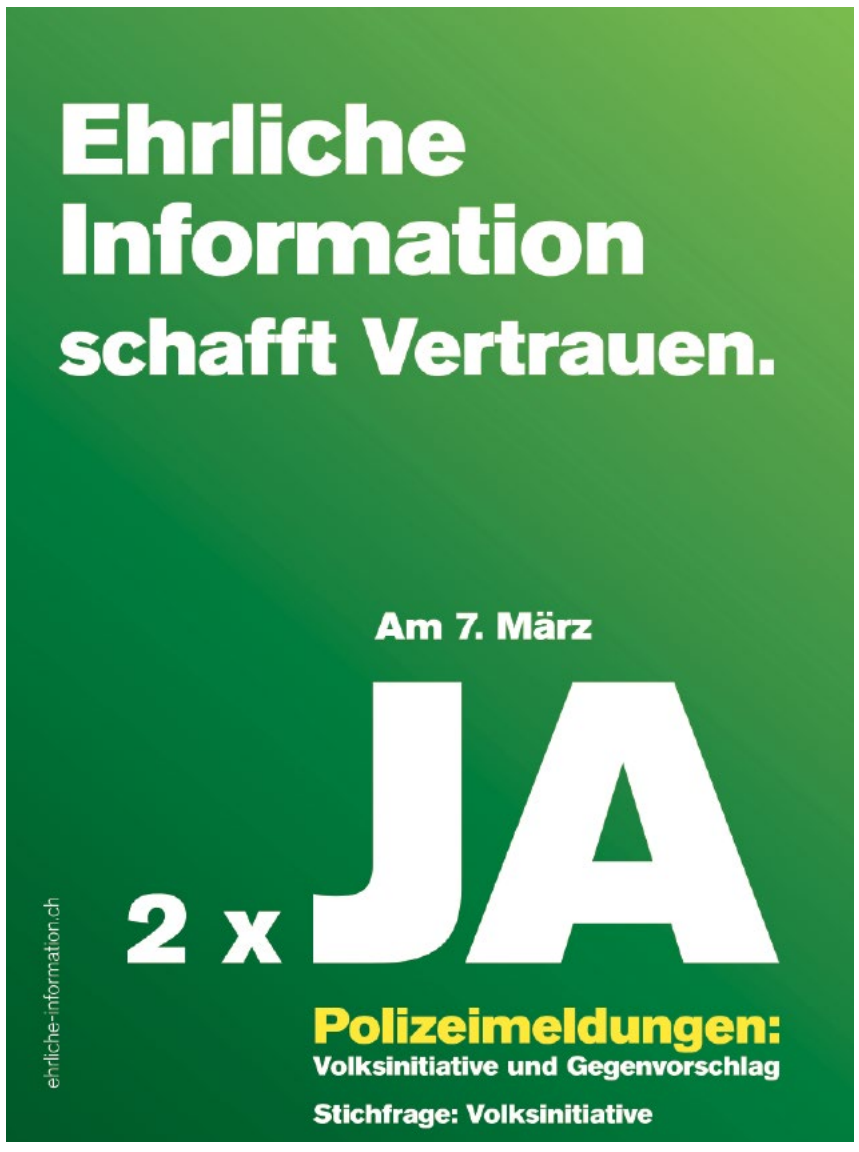
Für die wenigen Fälle, bei welchen der Verdacht besteht, dass über die tatsächlichen Verhältnisse getäuscht werde bzw. Angaben nicht offengelegt würden,bräuchten die Behörden griffige Mittel, die ihnen mit dieser Gesetzesrevision genommen würden.

Chance nutzen

Ein Nein am 7. März 2021 bietet eine Chance zu einer besseren gesetzlichen Grundlage, die für alle Gemeinden Gültigkeit hat.

Da die Gemeinden keine Steuergelder für ihren Abstimmungskampf verwenden dürfen, sind sie auf Spenden angewiesen.

Spenden:
CH84 0070 0114 8037 2612 2
Kontakt:
info@sozialhilfe-missbrauch-nein.ch



Fadegrad

von
Samuel Balsiger

Irre: Burkas als feministisches «Selbstbestimmungsrecht»

Der linksradikale Feminismus pflügt gerade unsere Sprache um. Zum Beispiel soll das unsinnige Gendersternchen mehr als 60 konstruierte «Geschlechteridentitäten» berücksichtigen. Es gäbe nicht nur Frau und Mann, sondern auch Mann zu Frau, Weder-noch, Nicht-binär, Pangender und so weiter. Zudem würde das generisches Maskulinum die Frauen diskriminieren. Wer also zum Beispiel «Leser» anstatt «Leserinnen und Leser» schreibt, übe «einen Akt von sprachlicher Gewalt gegenüber Frauen aus». Wenn selbst ein paar harmlose Buchstaben die linksradikalen Feministen so einschüchtern, dann müsste die Burka als mobiles Frauengefängnis doch eine Protestwelle auslösen. Denn ansonsten wäre der linke Zeitgeist ja verlogen und voller Doppelmoral. Liebe Leser (das generisches Maskulinum schliesst beide Geschlechter ein) sie wissen es bereits: Der linke Zeitgeist ist durch und durch schlecht. Eine SP-Nationalrätin, die schon mit allerlei politischem Klamauk aufgefallen ist, überhöht die Burka gar zum «Selbstbestimmungsrecht» der Frauen. Wenn also ein Islamist seine Frau lebenslang in eine dunkles Stoffgefängnis zwingt, weil er selbst einen entblössten Unterarm als verbotene weibliche Sexualität missdeutet, dann soll dies feministische Selbstverwirklichung sein. Zumindest in der irren Gedankenwelt von linken Politikern, in der jede fremdartige «Kultur» als Bereicherung angesehen und sinnbildlich ranzig gewordenes Frittieröl als prickelnder Champagner angeboten wird. Am 7. März stimmen wir Schweizer über das dringend notwendige Verhüllungsverbot ab. Und können so auch die islamistischen Burkas aus unserem freiheitlichen Land verbannen. Ja, es gibt hierzulande noch weniger solcher mobilen Frauengefängnisse als zum Beispiel im grossflächig islamisierten Frankreich. Und das ist auch gut so. Denn das heisst, dass wir noch handeln und entscheiden können, ob die Schweiz unsere Schweiz bleiben soll. Deshalb JA zum Verhüllungsverbot und somit JA zur Schweiz!

AUF EIN WORT MIT NICOLAS RASPER

«Jugendliche machen sich grosse Sorgen um die Sicherung der Altersvorsorge»

Die JSVP West/City umfasst ein grosses Einzugsgebiet: vier Bezirke und darunter die Stadt Zürich. Im Interview zeigt Präsident Nicolas Rasper auf, was Jugendlichen von Richterswil bis Dietikon unter den Nägeln brennt.

Nicolas Rasper ist 1995 geboren und seit 2018 Mitglied im Gemeinderat Wädenswil.

Was führte Dich zur SVP?
Im Gymnasium habe ich angefangen, mich für Politik zu interessieren. Die Europa- und Asylpolitik fand ich sehr spannend. Da bürgerliche Meinungen in Kantonsschulen meist untervertreten sind, hat mich dies umso stärker angetrieben und motiviert. Ausserdem fand ich grossen Gefallen daran, mit Mitschülern und Lehrern zu debattieren.

Das Einzugsgebiet der JSVP Zürich West/City ist beachtlich. Es umfasst nebst der Stadt die Bezirke Horgen, Affoltern und Dietikon. Worin siehst Du den gemeinsamen Nenner dieser vier Bezirke?
Unser Sektionsgebiet ist sehr gross und heterogen. Einen klaren gemeinsamen Nenner zu finden ist schwierig. Das langfristige Ziel sollte sein, die Bezirke als eigenständige Sektionen zu etablieren. Hierfür sind engagierte Mitglieder aus allen Bezirken gefragt.

Und was ist ggf. ein trennendes Element? So etwas wie ein Stadt-Land-Graben?
Der Albis! Spass beiseite: Ich würde es als Stadt-Agglo-Land-Graben bezeichnen. Stadtzürcher Junge beschäftigen andere Probleme wie Jugendliche aus dem Säuliamt oder aus dem Limmattal. Weiter sind die Wege im Sektionsgebiet lang, vor allem für nicht-motorisierte Jugendliche. Dies ist problematisch, da bei Jungen das Gesellschaftliche einen hohen Stellenwert einnimmt und Höcks aufgrund von langen Reisewegen seltener besucht werden.

Ob in der Stadt Zürich oder im Säuliamt, wenn es um die Gewinnung neuer Mitglieder geht, gilt für Nicolas Rapser überall: «Der entscheidende Punkt ist der aktive und regelmässige Austausch mit den bestehenden Mitgliedern.»

2022 ist Wahljahr: Mit welchen Themen können wir bei der jüngeren Generation punkten?
Die AHV stellt eine grosse Baustelle dar. Jugendliche machen sich grosse Sorgen um die Sicherung der Altersvorsorge – dies zeigt auch das Jugendsorgenbarometer auf. Die Renteninitiative, welche von den Jungfreisinnigen sowie der Jungen SVP unterstützt wird, ist ein erster Schritt in die gewünschte Richtung. Eine Flexibilisierung und Erhöhung des Rentenalters ist unumgänglich, um die AHV langfristig zu sichern. Ein weiteres wichtiges Thema ist die (Jugend-)Arbeitslosigkeit – in Corona-Zeiten brandaktuell.

Die Lehrstellensuche wird stets schwieriger. Eine prosperierende Wirtschaft ohne staatlichen Interventionismus ist die Lösung.

Stichwort Mitgliedergewinnung: wie geht Ihr vor? Und: wie gelingt es der JSVP, in etwa gleich viele junge Männer wie Frauen für ein aktives politisches Engagement zu gewinnen?
Der entscheidende Punkt ist der aktive und regelmässige Austausch mit den Mitgliedern. Wenn sich die Mitglieder wohl fühlen und aktiv sind, werden sie auch Freunde und Bekannte anfragen. Weiter sind die sozialen Medien ein wichtiges Mittel, um auf sich aufmerksam zu machen.

Unsere Sektion versucht, junge Menschen für eine bürgerliche Politik zu gewinnen unabhängig vom Geschlecht.

Du stehst auf der Zielgeraden für einen Master in Wirtschaftswissenschaften an der UZH. Wie siehst Du Deine berufliche und politische Zukunft?
Die Berufswahl betreffend bin ich sehr offen. Ich kann mir meine Zukunft in verschiedenen Branchen vorstellen: Industrie, Versicherung, Banken. Mein Wunsch wäre jedoch, Berufserfahrung im Ausland sammeln zu dürfen.

Die Politik sollte stets eine nebenberufliche Tätigkeit bleiben, dies ist für das Milizsystem in der Schweiz essenziell. Ich sehe mich weiterhin im Gemeinderat Wädenswil oder eventuell im Kantonsrat Zürich. Auf jeden Fall freue ich mich auf weitere politische Herausforderungen.

> *Wenn sich die Mitglieder wohl fühlen und aktiv sind, werden sie auch Freunde und Bekannte anfragen.*

STADTPARK WINTERTHUR: STOLZER PREIS ZUR AUFWERTUNG EINES BIJOUS

Wie die Eulachstadt ZKB-Millionen verschleudert

Der Stadtgarten Winterthur – im Volksmund eigentlich «Stadtpark» genannt – soll bis 2024 saniert werden. Die Massnahmen, die der Stadtrat genehmigt hat, stärken seine Funktion als wichtigsten Grünraum der Stadt. Von den Sanierungskosten von 4,9 Millionen Franken sollen 3,7 Millionen durch die ZKB-Jubiläumsdividende finanziert werden.

Markus Reinhard
Gemeinderat SVP
Winterthur

Die ZKB schüttet den Gemeinden des Kantons Zürich beträchtliche Geldsummen als Jubiläumsdividende aus. Die Stadt Winterthur erhält davon 3,7 Millionen Franken, welche der Stadtrat in eine Aufwertung des Stadtgartens investieren will. Dieses Projekt ist mit 4,9 Millionen veranschlagt, sprich die Stadt Winterthur investiert selber nochmals 1,2 Millionen Franken Steuergelder.

Jeder kennt den Stadtpark in Winterthur und in der Tat ist dieser ein wichtiger Grünraum gleich neben der Altstadt und beliebter Treffpunkt für diverse Aktivitäten. Eine Sanierung und Modernisierung dieses wichtigen städtischen Anziehungspunktes dürften unbestritten sinnvoll und nötig sein. Auch dass der bestehende Kinderspielplatz komplett erneuert wird, kann durchaus als notwendig betrachtet werden, auch wenn der bestehende noch gut in Schuss ist. Die Idee der Reaktivierung des – heute ungenutzten – Wasserbeckens in der Parkmitte erscheint ebenfalls sympathisch.

Über die konkrete Ausgestaltung und die massiven Korrekturen am Wegnetz sowie die geplante offenere Gestaltung kann man durchaus geteilter Meinung sein. Das attraktive am heutigen Stadtpark ist gerade seine Unterschiedlichkeit, welche sich gut am Vergleich der Bereiche beim Barockhäuschen und der heute offenen Gestaltung im Bereich des Museums oder des Schulhauses zeigt.

Geschenkter Betrag der ZKB hätte ausreichen müssen

Der entscheidende Kritikpunkt ist aber die masslose Höhe der Kosten. Es ist schlicht unverständlich und finanzpolitisch ein Sündenfall, dass der Stadtrat der finanziell maroden Stadt Winterthur für dieses Projekt knappe fünf Millionen Franken ausgeben will. Dieses Investitionsvolumen ist schlicht zu hoch. Eine Umgestaltung und Erneuerung des Stadtparkes wären – ohne optische oder funktionale – Abstriche auch einiges günstiger zu machen. Mindestens wäre aber zu erwarten gewesen, dass der Stadtrat ein Projekt präsentiert, welches mit dem Geschenk der ZKB auskommt und nicht nach dem Motto «dörf's es bitzeli meh si» noch zusätzlich 1,2 Millionen Franken an Steuergeldern verschlingt.

Der Grosse Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 1. Februar 2021 einer Steuererhöhung um 3% zugestimmt, weil es aufgrund der Finanzlage kaum Alternativen mehr gibt. Der Stadtrat im Gegenzug fuhrwerkt mit den städtischen Finanzen weiter, als gäbe es das «Griechenland der Schweiz» nicht und lanciert völlig überdimensionierte Projekte ohne jede Zurückhaltung und Vernunft.

Pro memoria: Per Ende 2021 steht die Stadt mit 1,3 Milliarden Franken in der Kreide. Bis zum Jahr 2024 steigt die Verschuldung weiter auf voraussichtlich 1,6 Milliarden Franken.

Andere Gemeinden nutzen die ZKB-Gelder durchaus anders und wohlüberlegter. So investiert die Stadt Zürich die Hälfte ihrer 13,6 Millionen Franken für die Milderung der finanziellen Folgen der Corona-Krise bei den Kleinen und mittleren Unternehmen. Oberglatt andererseits legt diese Gelder in sogenannte Sonderrechnungen an, damit die Einwohnerinnen und Einwohner über Jahre von diesem Geld profitieren können.

Weitere Gemeinden lassen das Geld der ZKB dem allgemeinen Haushalt zufliessen, um Schulden zu reduzieren und so für die Einwohnerinnen und Einwohner einen nachhaltigen Effekt zu generieren. Leider hat die links-grüne Exekutive in Winterthur den Ernst der Lage nach wie vor nicht begriffen, anders kann man sich dieses überrissene Vorgehen nicht erklären.

Sanierung des Stadtparkes Ja – aber bitte mit Vernunft, Zurückhaltung und etwas Demut!

Gewiss ein sehr angenehmer Ort zum Verweilen, wobei es auch eine moderatere Sanierung tun würde.
Copyright: Schweiz Tourismus

RAHMENKREDIT FÜR VIER MODULBAUTEN À SECHS KLASSENZIMMER

Erste «digitale» Parteiversammlung in Dietikon

svp. Am 8. Februar 2021 um 19.30 Uhr führte die SVP Dietikon ihre erste digitale Parteiversammlung mit grosser Beteiligung durch. Dank dem zur Verfügung gestellten Zoom-Zugang von der SVP Kanton Zürich konnte die digitale Parteiversammlung problemlos durchgeführt werden.

Präsentiert wurden die Vorlagen von Nationalrat Bruno Walliser, Stadtpräsident Roger Bachmann, Gemeinderat Markus Erni und Kantonsrat bzw. Parteipräsident Rochus Burtscher. Bei den eidgenössischen und kantonalen Vorlagen decken sich die Parolen mit jenen der entsprechenden Delegiertenversammlungen. Gemeinderat Markus Erni referierte zu den vier Modulbauten à sechs Klassenzimmer, die wegen des hohen Preises – Rahmenkredit von 13,798 Millionen Franken – zu reden gaben.

Die Gegenargumente konnten mehrheitlich entkräftet werden, sodass die JA-Parole resultierte. Dennoch wird die SVP ein Auge darauf haben, damit es kein Debakel geben wird, wie bei den «Flussbalkonen».

Unter Varia informierte der Präsident, dass Neo-Gemeinderat Mathias Wischenbart ein «GR-Protokoll mit Links» zuhanden der Mitglieder und Sympathisanten erstellt hat – es wird in Kürze im Internet aufgeschaltet. Ferner wurde den Teilnehmern die Wahlkommission 2022 vorgestellt.

Eine bereits realisierte Schulhausanlage in Liestal (Bauherr Kanton Basel-Land) ist typenähnlich mit den geplanten Modulbauten in Dietikon.

Foto: Architekturbüro Guetg

In Gedenken an den ehemaligen Parteisekretär Hanspeter Brütsch (1936–2021)

Der ehemalige Parteisekretär der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, BGB, Hanspeter Brütsch, ist wenige Tage nach seinem 85. Geburtstag verstorben. Der zuletzt in Fehraltorf wohnende Brütsch war Ökonom. Er trat 1964 die Nachfolge von Emil Straub an, der ins ZKB-Präsidium wechselte. Brütsch führte das Sekretariat des Zürcher Bauernverbandes und der damaligen BGB gemeinsam bis 1972. Daneben war er Redaktor des Zürcher Bauer. Der als loyale und integre Persönlichkeit bekannte Brütsch wechselte 1971 als Direktor zur Flughafen-Immobilien-Gesellschaft (FIG). Dort setzte er sich für den eindrücklichen Ausbau des Zürcher Flughafens ein.

Brütsch blieb der BGB/SVP auch später verbunden. So traf sich die Wahlkommission aus den Siebzigerjahren regelmässig, insbesondere auch um die «Erinnerungsstücke» der damaligen BGB aufzufrischen. Die SVP wird Brütsch als wichtige Führungspersönlichkeit mit grossem Einsatz – vor allem auch für die Landwirtschaft – in prägender Erinnerung behalten.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11

LESERBRIEF

Polizeimeldungen Nationalität: Initiative will keine Ahnenforschung durch die Polizei

Dass die Zürcher Polizeien bei der Nennung des Migrationshintergrundes von Tätern und Opfern Ahnenforschung betreiben müssen, stimmt nicht. Ich arbeite bei der Kantonspolizei Zürich «Bekämpfung Wirtschaftskriminalität» als Wirtschaftsprüfer.

Mit wenig Aufwand kann im vernetzten Polizeiinformationssystem geklärt werden, ob Personen in den letzten zehn Jahren im Kanton Zürich eingebürgert worden sind, denn solange bleiben abgeschlossene Einbürgerungsverfahren erfasst. Ein Suchlauf, sekundenschnell.

Die Volksinitiative «Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten zu nennen» will genau dies. Sie geht dabei bewusst einen Schritt weiter als der Gegenvorschlag der Kantonsregierung.

Auf Anfrage soll auch die Tatsache, ob Eingebürgerte auf die schiefe Bahn geraten sind, offengelegt werden. In gewissen Kulturkreisen gibt es Wertvorstellungen, die von unseren stark abweichen und die auch bei einer Einbürgerung nicht abgelegt werden. Die Information zum Migrationshintergrund hilft, die jeweilige Tat besser zu verstehen.

Die Wahrheit darf nicht unterdrückt werden. Die Polemik um Ausländerkriminalität lässt sich nämlich nicht mit Desinformation lösen. Ehrliche Information schafft Transparenz. Darum 2× JA und Stich für die Volksinitiative.

Diego Bonato, Kantonsrat SVP
Aesch ZH

LESERBRIEF

Freie Menschen zeigen ihr Gesicht!

Mir ist es ehrlich gesagt völlig gleichgültig, ob sich gewisse Kreise ab der Initiative für ein Verhüllungsverbot stören – ja sich gar persönlich und/oder aus religiösen Gründen betroffen fühlen. Hier in der Schweiz – in unserem Land – bestimmen wir, was Recht und Gesetz ist. Bei uns zeigt man sein Gesicht, als Zeichen einer freien Gesellschaft. Wenn sich nun selbsternannte Feministinnen plötzlich für verhüllte Frauen in «Kohlensäcken» engagieren und sich damit auf die Seite des muslimischen Patriarchats stellen, so frage ich mich, wieso man nach genau 50 Jahren überhaupt noch die Einführung des Frauenstimmrechts feierlich begehen soll? Wenn man schon zurück zur «alten Ordnung» möchte – dann aber gefällst richtig und konsequent! Doch es geht bei der Initiative für ein Verhüllungsverbot nicht nur um religiöse Zeichen und Machtansprüche. Nebst Niqabs, Burkas usw. soll das Verhüllen im öffentlichen Raum gänzlich untersagt werden. Dies gilt insbesondere auch für linksradikale Gruppieren oder gewaltbereite Hooligans, welche u.a. bei 1.-Mai-Demos oder bei Sportveranstaltungen ihr Unwesen treiben. Meist verhüllt und somit kaum aufzuspüren bzw. zur Rechenschaft zu ziehen sind. Die Kosten für ein solch illegales «Spektakel» zahlt die Allgemeinheit. Damit soll nun Schluss sein!

Nicht betroffen vom Verhüllungsverbot – und dies steht glasklar im Initiativtext – sind Verhüllungen, welche ausschliesslich der Gesundheit, der Sicherheit, den klimatischen Bedingungen und dem einheimischen Brauchtum zugunde liegen. Der momentane Fetzen vor dem Gesicht im Zusammenhang mit den «Corona-Massnahmen», wie auch die Larven an der Fasnacht können also weiterhin getragen werden. Es gibt somit keine triftigen Gründe, wieso Mann und Frau am 7. März 2021 nicht doch ein JA zum Verhüllungsverbot in die Urne legen sollte!

Bernhard Diethelm, Vorderthal SZ
SVP-Kantonsrat

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 **Berg TG**
Tel. 071 636 11 90
www.kressibucher.ch

Forstpflanzen einheimische Pflanzen
- für Ergänzungspflanzungen
- für Aufforstungen
- mit diversen Herkünften

Wildgehölze einheimische Pflanzen
- für naturnahe Hecken
- für Vogelschutz und Bienenweiden

Wildverbissschutz
- dazu passende Pfähle aus CH-Holz
- oder auch Akazienpfähle

Heckenpflanzen
- für geschnittene Hecken

LESERBRIEF

Fadegrad: Die unzufriedenen Linken

Der Beitrag von Stefan Urech hat mir aus der Seele gesprochen. Die Linken haben aber auch Grund unzufrieden zu sein. Denn in den letzten Tagen der UDSSR versuchte Michael Gorbatschow seinen Kommunismus zu retten, indem er nicht mehr auf Rot setzte, sondern zusammen mit Margret Thatcher, die zugunsten von Kohleförderung aus der Kernenergie aussteigen wollte, die grüne Bewegung verwöhnte, bei der von Anfang an Unzufriedenheit zur Identität gehörte. Auch ich halte seit Jahren mit unzufriedenen Menschen aus. Doch 2013 lernte ich an einem Vortrag Prof. Reinhard Haller kennen, der sein Buch «Die Narzissmusfalle» vorstellte und mir ein neues Spektrum vermittelte.

Darin charakterisiert er die Narzissten als Egozentriker, überempfindsame Menschen, aber mit wenig Einfühlungsvermögen, die nur darauf aus sind, ihr Umfeld schmeichelhaft zu blenden oder abwertend niederzumachen. Wer so einen selbstsüchtigen Energiesauger erkenne, solle ihn meiden, und wo das nicht möglich sei, helfe oft ein kleines, aber aufrichtiges Lob. Typisch bei so destruktiven Narzissten habe ich oft erfahren, dass sie immer im dümmsten Moment mit der oberflächlichsten Idee daherkommen.

So hätte die Zürcher Gemeinderätin Simone Brander schon im Herbst ihren Vorstoss anbringen können und müsste nicht, da der Schnee schon liegt, personell und technisch ein Chaos in die Organisation der Schneeräumung hineintragen.

Hubert Koller, Brüttisellen

SVP DIGITAL

Teleblocher
Folge 702: Lockdown auf Vorrat, Lügen im Bundesrat und Rahmenvertrag
Alt Bundesrat Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Der Migrationspakt ist brandgefährlich, meint Nationalrat Thomas Matter.

Corona KMU-Killer?
Alt Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer diskutiert mit Hotelier Markus Bösiger und Richard Aschberger, Regierungsratskandidat (SO).

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat (ohne Januar und April), ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 26. März 2021, 19.30 Uhr, Generalversammlung, Lokalität noch offen, Niederglatt.

Bezirk Meilen/Zollikon
Mittwoch, 24. März 2021, 18.00 Uhr, Generalversammlung, anschliessend Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 17. Mai 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 12. Juli 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 6. September 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 20. Februar 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg, mit Kantonsrat Christoph Marty und Gemeinderat Johann Widmer.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 20. März 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 27. März 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 10. April 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 22. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 29. Mai 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 5. Juni 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 21. August 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-Seebach.

Samstag, 30. Oktober 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 3. September 2021, bis Sonntag, 5. September 2021, SVP-Schiessen 2021, Weiningen (Vorschiessen am Freitag, 27. August 2021). Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Robin Ingold, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** CH Media Print AG, Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

LESERBRIEF

Herausforderungen 2021 für die SOG

Nach einem sehr intensiven – und erfolgreichen Jahr 2020 steht für die Schweizerische Offiziersgesellschaft, SOG, die Bewältigung der Zukunft im Vordergrund. Es gilt, die Beschaffung der neuen Flugwaffe (NKF) aktiv zu begleiten, die internen Strukturen zu festigen und auszubauen – und auch das muss angegangen werden – einen neuen Präsidenten zu suchen und ihn einzuführen. Die hervorragende Arbeit von Oberst i Gst Stefan Holenstein verdient einen würdigen Nachfolger, der das erarbeitete Niveau erhalten und wenn möglich sogar ausbauen kann.

Dank der soliden und intensiven Förderung des «NKF» – einem Meilenstein für die nächsten vier Dezenien – wird uns dieses Projekt auch in naher Zukunft sehr intensiv beschäftigen und wird vermutlich erst 2025 nicht absolute Priorität geniessen.

Die Neugestaltung der Armee mit Cyber als integrierenden Bestandteil von Luft- und Bodenoperationen wird dann neu in den Vordergrund treten – und die Armee wird sich stark modernisieren müssen. Mit dem neuen CDA KKdt Thomas Süssli hat die Armee einen «fachkundigen» Chef, der diese Aufgabe erfolgreich lösen sollte.

Sorgen bereitet dem VBS – und auch der SOG – die Alimentierungsmisere der WEA. Hier muss die SOG dem VBS Druck machen und mehr Tempo fordern. Die Revision des Zivildienstgesetzes – im Parlament unter tätiger Mitwirkung der CVP versenkt – muss nochmals aufs Tapet. Und dann muss «Die Mitte» unter Beweis stellen, dass der neue Name zutreffend und nicht ein Ableger von Rot und Grün ist.

Abschliessend erläutert Oberst i Gst Stefan Holenstein, wie die SOG die neuen Herausforderungen aktiv und erfolgreich bewältigen kann, dank Schaffung neuer Ressorts.

In seiner Aufzählung vermisse ich ein zentrales neues Ressort stark – und dies muss korrigiert bzw. eingeführt werden: Kommunikation mit der Politik – damit Rohrkrepierer wie die Ablehnung des Zivildienstgesetzes nicht mehr vorkommen.

Hans-Peter Neuweiler
Ermatingen TG

TO-DO-LISTE

SVP in Aktion …

Plakate erneuern – Vandalen kein Gehör geben
Die flächendeckende Plakatierung ist eine Stärke der SVP. Sektionen, welche noch nichts ausgehängt haben, sind gebeten, dies nachzuholen.
Weitere Plakate zum Ergänzen oder Erneuern können auf dem Sekretariat abgeholt werden.

Mobilisieren
Motivieren Sie Ihr Umfeld zur Abstimmung.
Die Parolen finden Sie auf Seite 4 dieser Ausgabe oder auf der Homepage.

Flyer verteilen
Fordern Sie beim Sekretariat Flyer an für das NEIN zum Sozialhilfegesetz und zur SVP-Initiative Nationalitätennennung und verteilen Sie diese in Briefkästen oder als Briefvorlagen. Es ist auch möglich, einen Postversand für die ganze Gemeinde zu sponsern.